

# Über »Revisionismus« und »Revisionismus-Kritik«

Von Robert Steigerwald | November 2007

*»Nach Lenin ist der sozialistische Staat stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewusst tun.«*

Kurt Gossweiler, Interview in »junge Welt« vom 3. / 4. November 2007, S. 2

Vor Jahrzehnten gab es zwischen der Sowjetunion, der KPdSU sowie der VR China und der KPCh eine heftige Diskussion, in der beide Seiten mit »kräftigen« Worten aufeinander droschen: Revisionismus, Trotzismus, Verrat am Marxismus-Leninismus und was es dergleichen an »Wertungen« gab (und gibt). In Wahrheit ging es damals überhaupt nicht um entsprechende Inhalte. Der Kern der Auseinandersetzung war: Es kämpften zwei kommunistische Großmächte um die Vorrangstellung in der kommunistischen und Arbeiterbewegung. Das fand auch in der Bundesrepublik Deutschland seine Widerspiegelung in der Politik pro-maoistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, die schon in den 60er Jahren die illegale KPD, später die DKP bekämpften und gegen den Sozialismus in Europa unter dem Banner des »Kampfes gegen den Revisionismus« auftraten.

Diese Auseinandersetzungen werden derzeit wieder belebt. Bemerkenswert ist, dass es wieder die DKP ist, die das Ziel der Angriffe ist. Die DKP ist, dies muss an dieser Stelle hervorgehoben werden um die Brisanz der Auseinandersetzung zu verdeutlichen, die einzige der Parteien aus der KPD-Tradition in Deutschland, die sich nach 1989/90 nicht aufgelöst oder reformistisch »transformiert« hat. Deshalb muss man nach dem Ziel der Angriffe fragen. Geht es etwa um eine handlungsfähigere kommunistische Partei? Da die Angriffe sehr theoretisch, »historisch« und teilweise Personen bezogen geführt werden, ohne Handlungsorientierung zu geben, kann man dies eigentlich ausschließen. Geht es um mehr »theoretische Klarheit«? Oder geht es – nachdem die DKP 2006 ein auch international respektiertes Parteiprogramm auf der 2. Tagung des 17. Parteitages verabschiedet hat – um etwas ganz anderes?

## Der aktuelle »Antirevisionismus«

Die Auseinandersetzung – der »Kampf gegen den Revisionismus« – wird derzeit unter dem Banner geführt, angebliche opportunistische und revisionistische Elemente in der Politik und Programmatik der DKP zu beseitigen. Die Debatte wird derzeit über mehrere Stränge geführt: Durch Beiträge in der »Jungen Welt«<sup>1</sup>, durch Aufsätze in zwei Publikationen, die Hans Heinz Holz herausgibt und in der KAZ (Kommunistischen Arbeiter-Zeitung).

Die Triebkraft dieser Diskussion ist die Methode »Haltet den Dieb, ich oder meine Vorbilder bin / sind es nicht gewesen«. Damit soll einer gründlichen, beweisenden, kritischen Diskussion über die Zeit, da Stalin an der Spitze nicht nur der KPdSU und der Sowjetunion, sondern der kommunistischen Weltbewegung stand, entgangen werden.

»Ersatz« wird angeboten. Solcher wurde gefunden: Es geht um Chruschtschow und den XX. Parteitag der KPdSU. So wird abgelenkt von den notwendig zu ziehenden Lehren aus der Geschichte des Kommunismus um Verhaltens-, Denkweisen und Strukturen zu überwinden, die dem humanistischen Anspruch unserer Idee und Weltanschauung widersprechen, und eine zukunftsfähige kommunistische Politik unter heutigen Bedingungen zu entwickeln. Darum geht es. Das ist der Kern der gegenwärtigen Auseinandersetzungen.

---

1 durch das Mitglied des Parteivorstands der DKP Renate Münder. Ein Aufsatz, den sie an die »Marxistischen Blätter« einreichte, wurde zur Veröffentlichung abgelehnt. Die Autorin war nicht bereit, die in ihrem Beitrag vorgenommene Verteidigung der Ermordung führender sowjetischer Kommunisten – Ergebnis der berüchtigten Moskauer Prozesse von 1936 und der folgenden Jahre – zu streichen!)

Damit wirken die Autoren und Autorinnen der »jungen Welt«, von »offen-siv«, »T & P« bzw. »Topos« entgegen ihrer Beteuerungen nicht für die Stärkung des Kommunismus, denn wer seine »Krankheiten« nicht heilt oder heilen lassen will, der schwächt sich selbst!

Der Kern der Argumente der »Revisionismuskritiker« besteht in Folgendem:

Die zu kritisierende Politik ist a priori klassisch opportunistisch und klassisch revisionistisch, weil sie auf der Leugnung des Klassenkampfes beruht und auf Klassenzusammenarbeit orientiert. Dazu werden einige »Lieblingsthemen« bemüht:

Chrustschows These von der Sowjetunion als eines Staates des ganzen Volkes gab die Klassenorientierung preis; Die von ihm praktizierte Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung desgleichen.

Der XX. Parteitag hat die ideologisch-politische Entwaffnung der kommunistischen Bewegung eingeleitet, die schließlich zum Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und zahlreicher kommunistischer Parteien führte.

Schauen wir uns einmal an, was von diesen »Argumenten« übrig bleibt, wenn man die Fakten prüft:

Erstens: Stalin betonte im Jahre 1936, dass die Arbeiterklasse des Sowjetlandes kein Proletariat mehr sei, da sie die Produktionsmittel besitze. Er betonte sowohl 1936 in der Verfassungsrede als auch in seiner Rede auf dem 18. Parteitag (1939, im Abschnitt über Fragen der Theorie), dass die Ausbeuterklassen verschwunden seien und da es keine Ausbeutung mehr gebe, gebe es auch niemanden mehr, der zu unterdrücken sei. So nachzulesen auch in den »Fragen des Leninismus« (Moskau 1967, S. 727). Man habe jetzt einen völlig neuen, sozialistischen Staat, wie ihn die Geschichte noch nicht gekannt hat (ebenda S. 728). Das ist – unabhängig von der Verfassungsrealität – doch offensichtlich die theoretische Rechtfertigung für Chrustschows spätere These vom Staat des ganzen Volkes!

In der Rede zur Verfassung setzte sich Stalin ebenso mit Vorschlägen zur Änderung der Verfassung auseinander. Da kommt er auch auf die Geistlichen, die ehemalige Weißgardisten, alle »Ehemaligen« und Personen, die sich nicht mit gemeinnütziger Arbeit befassen (ebenda S. 643) zu sprechen. Es habe Zeiten gegeben, wo sich diese Elemente im offenen Kampf gegen die Sowjetmacht befunden hätten. Seitdem sei nicht wenig Zeit vergangen (ebenda S. 641). Er fragte, ob sich solche Elemente nicht in die oberen Organe des Landes einschleichen könnten und weist diese Vermutung mit recht gründlichen Argumenten zurück.

Zweitens: Im Gegensatz zu den antirevisionistischen Märchen, auf dem XX. Parteitag der KPdSU habe man allein den friedlichen Weg zum Sozialismus gepredigt und aus der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung die Zusammenarbeit von Sozialismus und Imperialismus hergeleitet, enthalten die Beschlüsse des XX. Parteitages

- die Festigung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten;
- Grundsätze der Entwicklung solidarischer Beziehungen zu den vom Kolonialjoch befreiten Staaten und der Unterstützung der Arbeiterbewegung in der Welt;
- das Festhalten an der Leninschen Politik der friedlichen Konsistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung;
- eine eindeutige Positionierung zur entschlossenen Verteidigung des Friedens und Stärkung der Verteidigungskraft des Landes.

Die friedliche Koexistenz wird in den Beschlüssen und folgenden Dokumenten der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung als Form des Klassenkampfes auf internationalem Gebiet bezeichnet, sie schließt eine Versöhnung von sozialistischer und imperialistischer Ideologie aus. Sie diene dazu, einen atomar geführten Krieg zu vermeiden, was auch bedeute, Streitfragen möglichst durch Verhandlungen zu lösen. Das Recht eines jeden Volkes, über seine Entwicklung selbst zu entscheiden, wurde unterstrichen, Export der Revolution nach wie vor abgelehnt. Der Sozialismus könne nur aus der Entwicklung der inneren Widersprüche eines Staates hervorgehen.

Völlig neu war die These nicht, dass es unter den neuen Kräfteverhältnissen möglich sei, einen Weltkrieg zu verhüten. Es gab Interviews, in denen Stalin sagte, es sei möglich, einen neuen Weltkrieg zu verhindern, wenn die Völker den Imperialisten in den Arm fallen. Der Parteitag hob in diesem Sinne hervor: Angesichts des Wirkens der Entwicklung des sozialistischen Lagers sei der Imperialismus nicht länger allein bestimmend. Folglich besteht die Möglichkeit, den Imperialismus an der Auslösung eines Kriegs zu hindern. Die Aggressivität des Imperialismus sei nicht zu leugnen, nur könne er nicht mehr allein den Gang der Weltgeschichte bestimmen. Aber das erfordere, dass die Friedenskräfte in der ganzen Welt mit aller Kraft den Kampf gegen den Imperialismus entfalten.

Verwiesen wird darauf, dass es unterschiedliche Formen und Wege des Übergangs zum Sozialismus geben könne, es nicht unbedingt eines Bürgerkrieges bedürfe, denn das Lager der in den Kampf gegen den Imperialismus, für den gesellschaftlichen Fortschritt einzubringenden Klassen und Schichten könne so ausgeweitet werden, dass es zur Isolierung der imperialistischen Kräfte komme. Das bedeute nicht, das Vorhandensein von Bedingungen zu leugnen, da der Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt auf den bewaffneten Widerstand reaktionärer Kräfte stoßen und folglich zum Bürgerkrieg führen könne. Der Kommunisten müssten folglich bereit sei, die unterschiedlichen Kampfform zu beherrschen, darunter auch die parlamentarischen.

Was dies angeht, die Klassiker des Marxismus haben den friedlichen Weg nicht unter allen Umständen abgelehnt oder für unwahrscheinlich gehalten. Eine solche Position, etwas unter allen Umständen zu bejahen oder abzulehnen widerspräche dem Marxismus! Die Kommunistische Partei Großbritanniens hatte bereits Jahre zuvor, noch zu Stalins Zeit und mit dessen Zustimmung, ein Parteiprogramm des parlamentarischen, also friedlichen Wegs zum Sozialismus beschlossen, doch zu diesem Stalinschen »Revisionismus« gibt es seitens der »Anti-Revisionisten« kein kritisches Wort!

Man kann an den Beschlüssen des Parteitages kritisieren, dass die internationale Lage nicht real genug eingeschätzt wurde, dass im Gefühl der eigenen Stärke jene des Imperialismus und dessen Bereitschaft, sich mit den gegebenen Bedingungen keinesfalls abzufinden unterschätzt wurde. Man kann spätere Illusionen und Irrtümer kritisieren. Aber nicht die grundsätzliche Position.

Auch wurden die eignen Entwicklungsressourcen viel zu optimistisch eingeschätzt. Eine Reihe von großspurig verkündeten Grundsätzen – etwa jene, dass jede Partei in eigener Verantwortung über den eigenen Weg bestimmen könne oder die Thesen, die sich auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien beziehen – wurden in der Realität weitgehend missachtet. Die Kompliziertheit gewisser Entwicklungen der Dritten Welt wurde nicht real eingeschätzt, sondern ohne weiteres als Weg nicht-kapitalistischer, sozialistischer Entwicklung gewertet. Die Darstellung der eigenen Parteigeschichte wurde nach 1956 zwar von allzu groben Entstellungen und Verfälschungen gereinigt, dies geschah jedoch politisch nur halbherzig und – wie in der praktischen Politik – nicht mit der für die weitere Entwicklung des Sozialismus notwendigen Konsequenz.

Solche Mängel ergaben sich nicht aus revisionistischen Positionen – Klassenkampf wurde nicht gelehrt, auf Klassenzusammenarbeit nicht orientiert. Sie waren Ausdruck von Inkonsequenz, sich auch von Feigheit, aber vor allem mangelnder Analyse der realen historischen Entwicklung, also des Zurückbleibens in der theoretischen Arbeit, eines Zurückbleibens, das sich lange vor dem XX. Parteitag herausgebildet hatte. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wenn man die theoretischen Debatten über das Verhältnis von Theorie und Praxis, über die Gesetzesproblematik, Fragen der Dialektik beispielsweise zu philosophischen Fragen der Wissenschaften (Relativitätstheorie, Quantenmechanik) in den 20er und 30er Jahren verfolgt, gab es stürmische, fruchtbare Diskussionen nach der Oktoberrevolution. Nach 1934/35 brachen diese Diskussionen für viele Jahre ab; dies geschah gewiss nicht, weil die weltanschaulich relevanten Fragen ausdiskutiert waren ...

Die Mängel in der theoretischen Arbeit, Vereinfachungen und Dogmatisierungen sollten sich – trotz Korrekturen und theoretischer Fortschritte in anderen Bereichen – in der weiteren Arbeit auf dem Felde der Theorie und Ideologie negativ auswirken. Komplizierte Erkenntnis- und reale Entwicklungsprozesse wurden vereinfacht dargestellt. Daraus resultierten Illusionen. Es gab vor allem eine ungenügende Analyse des Imperialismus. Trotz gegenteiliger Versicherungen wurde auch die Position beibehalten, es gebe im Grunde nur den sowjetischen Entwicklungsweg des Sozialismus, eine wirkliche Analyse der Prozesse in den Volksdemokratien sowie in vom Kolonialjoch befreiten Ländern fand nicht statt.

Was die auf dem XX. Parteitag in öffentlicher und nicht-öffentlicher Sitzung vorgenommene Auseinandersetzung mit der Stalin-Periode angeht, so mangelte es an einer gründlichen geschichtlichen Erforschung der Bedingungen, die zu den kritisierten Verhältnissen geführt hatten. Die im Referat benannte Zeit von 1934 bis 1953 war zu sehr begrenzt um die tatsächlichen historischen Bedingungen genauer zu erfassen. Einige Mängel dieser Art wurden am Beschluss des ZK vom Juni 1956 korrigiert. Darin wurde auf mehr auf längerfristig wirksame, geschichtliche Hintergründe und objektive Entwicklungsbedingungen des Landes, auf den dadurch veränderten Charakter der Partei verwiesen und es wird Stalins Wirken in dieses Beziehungsgeflecht eingefügt.

Aber es ist zu fragen, warum sich das ZK nur ein Vierteljahr nach dem Parteitag genötigt sah, einen solchen Beschluss zu fassen. Dies weist darauf hin, dass das ZK der KPdSU mit der Art der Auseinandersetzung zur Stalin-Periode, wie sie auf dem XX. Parteitag erfolgte, offenbar auch seine Probleme hatte.

Was diese Kritiken angeht, muss man sich in die damalige Lage versetzen. Es wäre unmöglich gewesen, eine deutliche Kritik an der Geschichte der Partei und des Staates in breiter Öffentlichkeit vorzubereiten und danach zu entwickeln. Der unmittelbare Apparat der Partei und des Staates war noch fest in der Hand von Kräften, die an den Untaten selbst aktiv beteiligt waren. Unter solchen Bedingungen war an eine gründliche wissenschaftliche, theoretische Analyse und Vorbereitung der Rede gar nicht zu denken, ganz davon abgesehen, ob die dieses Vorhaben vorbereitenden Kräfte (Bulganin, Schukow, Furzewa, Serow usw. unter Nutzung der bereits ein Jahr zuvor durch eine Kommission unter Leitung von Molotow und Pospelow erarbeiteten Materialien) dazu überhaupt fähig gewesen wären. Chruschtschow arbeitete mit genau mit den Methoden, die es in den letzten Jahrzehnten der Führung des Landes durch Stalin gab. Zum Beispiel gab es unter Stalin keinen Parteitag von 1939 bis 1953.

Der XX. Parteitag bewirkte zweifelsohne auch, dass sich in einigen kommunistischen Parteien aus verschiedenen Gründen zunächst Tendenzen, später regelrechte Bewegungen weg von der KPdSU, weg von der internationalen Zusammenarbeit der Kommunisten, schließlich eine Orientierung auf den so genannten Euro-Kommunismus, auf nationale

Borniertheiten herausbildeten. Die Enthüllung der im Gefolge der Field-Affäre (darauf wird noch eingegangen) stattgefundenen Verbrechen hat durchaus zur Entfremdung nicht nur einzelner Kommunisten, sondern ganzer Parteien von der Sowjetunion beigetragen.

Inwieweit auch dabei die auch damals insgesamt völlig unbefriedigende Situation auf dem Gebiet der Ideologie, der Theorie eine Rolle gespielt hat, wäre auch zu prüfen, wenn von Quellen des Revisionismus die Rede sein soll. Dass IKP und FKP, die lange Zeit mit beträchtlichem Potential gleichsam Gewehr bei Fuß standen und krampfhaft nach Bewegungsmöglichkeiten suchten (und offenbar auch unmittelbar nach 1945, als es in ihren Ländern durchaus auch andere Entwicklungsmöglichkeiten gab, aufgrund der Abkommen zwischen den Großmächten und deren Interessenlagen auch allein gelassen wurden), ist ihnen nicht vorzuwerfen. Aber wenn sie bei diesem Suchen im Laufe der Zeit auch zu revisionistischen Positionen gelangten, hängt das eben auch mit dem niedrigen Niveau der theoretischen Arbeit in diesen langen Jahren zusammen. Da hat man sich denn beispielsweise »seinen« Gramsci zurecht gebogen, aus seiner wichtigen und richtigen Konzeption des Ringens um Hegemonie gefolgert, wenn man diese erreiche, könne man auf den Sturm gegen den politischen Staat verzichten – und so verschwand nicht nur die lateinische Formulierung, sondern die Sache, die Idee, der Inhalt der Marxschen Auffassung von der Diktatur des Proletariats selbst aus dem Arsenal kommunistischer Parteien. Zu erinnern ist an Carillos Buch »Eurokommunismus und Staat« und an Neufassungen des Parteiprogramms der FKP.

Während wir uns jedoch in den 60er und 70er Jahren heftig mit dem Revisionismus in all seinen Versionen, gerade auch dem Euro-Kommunismus auseinandersetzen, ebenso mit dem Zwilling des Revisionismus, dem Dogmatismus und pro-maoistischen Parteigängern hierzulande – wir uns also nicht damit begnügten, parteilos über Strömungen und Tendenzen im Neomarxismus zu schreiben, – standen hierzulande die pro-maoistische Gruppen (die unbehelligt die im Verbotsurteil gegen die KPD von 1956 als strafwürdig festgehaltenen Termini Marxismus-Leninismus, Diktatur des Proletariats, demokratischer Zentralismus usw. benutzen konnten) nicht etwa in diesem Kampf an unserer Seite, sondern griffen uns geifernd und extrem antisowjetisch und antisozialistisch an!

Es kann aber gar kein Zweifel daran bestehen, dass die Enthüllungen des XX. Parteitags dem Ansehen der KPdSU und, darüber hinaus, der gesamten kommunistischen Bewegung schwer geschadet haben. Man soll aber Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Haben die kritisierten Untaten oder deren Kritik der Partei geschadet?

Es waren die Untaten, die Verfolgungen, die Verbrechen, nicht die Kritik. Diese Kritik war notwendig, die kritisierten Probleme auf Dauer zu verschweigen, unmöglich, was zutiefst dem moralischen Anspruch der Kommunisten widersprochen hätte. Eine Erneuerung war notwendig, grundlegende Schlussfolgerungen. Doch dies erfolgte nur teilweise, blieb inkonsequent, entsprach nicht den realen gesellschaftlichen Erfordernissen.

### **Zur Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.**

Renate Münder erzählt in einem Aufsatz in der »jungen Welt« Erstaunliches. Lenin hätte die Politik der friedlichen Koexistenz nur auf die Beziehungen zu großen imperialistischen Staaten angewendet sehen wollen. Also wollte er die Beziehungen zu kleinen nicht-sozialistischen Staaten eben nicht auf friedliche Koexistenz gründen. Worauf dann? Auf bewaffnete, kriegerische Beziehung, Export der Revolution?

Die Kritik an der Politik der friedlichen Revolution wird durch Kurt Gossweiler, Geschichte verfälschend, geteilt. Für ihn hilfreich ist, dass die Jüngeren im Land nicht erlebten, worüber er im Interview mit der »jungen Welt« geredet hat und viele Ältere es vergessen haben. Was Gorbatschow tatsächlich machte, dichtet er Chrustschow an: Chrustschow

habe die USA für einen vertrauensvollen Partner gehalten. Aber warum hat er dann in nicht gerade sehr diplomatischer Art ein Treffen mit dem damaligen US-Präsidenten platzen lassen? Als es 1956 zur Suez-Krise kam, als Frankreich und England ihre Truppen gegen Ägypten in Marsch setzten, da hat Chruschtschow beide unfein an die sowjetischen Waffen erinnert – und sie zogen schleunigst ihre Truppen zurück. Als Kuba mit einer US-amerikanischen Intervention bedroht wurde, stationierte die Sowjetunion auf der Insel Atomraketen und zog diese erst ab, als Kennedy versicherte, es werde keine solche Intervention geben und außerdem entfernte er die in der Türkei stationierten und auf die Sowjetunion gerichteten US-Raketen.

Und wie war das, als der vietnamesische Freiheitskampf tobte? Gab China oder die Sowjetunion den vietnamesischen Genossen die Waffen, insbesondere jene, mit denen sie die B-52-Bomber der USA vom Himmel holen konnten? Wer hat denn damals die USA als »vertrauenswürdigen Partner« behandelt? Hat die Sowjetunion oder hat China zur Zeit des vietnamesischen Freiheitskampfes führende Vertreter des US-Imperialismus (Nixon, Februar 1972) zum »trauten« Gespräch empfangen? Es war die Sowjetunion, die Vietnam in den schweren Jahren half. Es war die führenden Vertreter Chinas, die Nixon empfingen. Übrigens reiste Nixon damals aus China in die UdSSR weiter. Zur Unterzeichnung des SALT-I-Abkommens, jedoch nicht zum »trauten« Gespräch.

Es ist also eine bloße Erfindung zum höheren Ruhm – und zur nachträglichen Rechtfertigung antisowjetischer und antisozialistischer Positionen – der angeblichen Revisionismus-Kritik, die Sowjetunion hätte zur Einstellung oder mindestens Minderung der antikolonialen Kämpfe aus Angst vor einem Atomkrieg geraten.

Dennoch: Diese Gefahr war (und ist!) keine bloße Erfindung und eine verantwortungsvolle, sich nicht auf Abenteuer verlassende kommunistische Politik musste und muss eine solche Gefahr in Rechnung stellen, das hat mit Revisionismus nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung war die einzig verantwortungsvolle Orientierung, alles andere wäre verbrecherisches Abenteuerertum gewesen. Es gab keine Alternative. Damit wird durch uns nicht behauptet, es hätte in der Durchführung dieser Politik nicht auch Fehler gegeben.

### **Zu erfundenen und wirklichen Quellen des modernen Revisionismus**

Es wurde zugleich der Vorwurf erhoben, der XX. Parteitag sei ein Akt der Konterrevolution gewesen, durchgeführt von Revisionisten, denen es um die Zerstörung der ruhmreichen, von Stalin geprägten Partei gegangen sei. Chruschtschow, Mikojan, Bulganin, Pospelow, Fedossejew, Sagladin, Tschernjenko, Jerusalemski und dann die schlimmen Typen Jakowlew, Jelzin; Gorbatschow, ständen in einer Linie. Man käme beim Durchzählen leicht auf eine kriegsstarke Kompanie. Die Älteren wurden noch auf dem 19. Parteitag (also unter Stalin) in die Führung genommen. Sie hätten doch eigentlich alle durch die »Schule« des Pionierverbands, des Komsomol, der Partei erzogen sein müssen, im »Leninschen Geist von Stalin geschweißt« sein sollen. Wie aber soll es dann möglich gewesen sein, was uns Kurt Gossweiler erzählt: Chruschtschow hätte seinen Revisionismus so geschickt in die Materialien des XX. Parteitags geschmuggelt, dass diese Kader überrumpelt worden seien, nichts von diesem schlaun Trick gemerkt hätten? Warum waren sie nicht auf der erforderlichen ideologisch-politischen Höhe, um einem Parteitag mit wachem Geist zu folgen? Gossweiler hielt sie wohl für blöd, aber wenn sie blöd waren, warum war das so?

Stalin hat in den »Fragen des Leninismus« zu diesem Problem einmal gesagt: Wenn sich schlechte Personen bei uns durchsetzen, »so wird das bedeuten, dass es um unsere Agitationsarbeit äußerst schlecht steht und wir eine solche Schande durchaus verdient haben« (S. 643).

Gossweilers Argumentation zerbricht an ihrer Widersprüchlichkeit. Wenn es möglich war, dass innerhalb von drei Jahren nach Stalins Tod eine solche »im Lenin'schen Geist von Stalin geschweißte« Partei und der so geprägte Staat durch einen solchen Parteitag komplett überrumpelt werden konnte, so war diese Partei schon vorher nicht mehr das, wofür ihre Verteidiger sie halten. Dann hat der Zersetzungsprozess der Partei nicht erst 1956 begonnen. Oder aber, das wäre die andere Seite des Widerspruchs: Der XX. Parteitag war zwar eine scharfe Wende in der Parteigeschichte, aber keine Konterrevolution. Er war ein notwendiger Parteitag, die Auseinandersetzung, der Bruch war nötig, erfolgte aber aus heutiger Sicht nur inkonsequent, halbherzig. Das bedeutet nicht, von den Mängeln und Fehleinschätzungen des Parteitags einfach weg zu sehen, aber es geht auch nicht an, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

### **Quellen des Revisionismus in der heutigen kommunistischen Bewegung**

Kurt Gossweiler und ihm folgend andere machen – wie sie meinen – die Quellen des Revisionismus in der kommunistischen Bewegung (sie behandeln da nur Europa) ausfindig. Zuerst nennen sie Earl Browder, ehemals Vorsitzender der KP der USA, der zum Renegaten wurde. Es wird behauptet, über ihn seien durch aus den USA nach Europa heimgekehrte Kommunisten Revisionismus im Westen eingepflanzt worden. Nun hat Browder in der kommunistischen Bewegung Europas absolut keine Rolle gespielt – ganz abgesehen davon, dass eine solche personalistische Herleitung einer wirklichen oder vermeintlichen Strömung mit Marxismus nichts zu tun hat.

Es gab aber tatsächlich eine »US-Linie« für die europäischen Kommunisten, die das Auftreten von Revisionismus begünstigte: Der amerikanische Kommunist Noel H. Field wurde, in Zusammenarbeit von CIA und einem Überläufer des polnischen Geheimdienstes, den sowjetischen Behörden denunziert, aufgrund der gefälschten Indizien verhaftet und so gefoltert, dass Prozesse gegen führende Kommunisten (wie in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion) in Bulgarien, Ungarn, der Tschechoslowakei, in Polen stattfanden. Einige Dutzend Kommunisten wurden danach umgebracht, später-rehabilitiert. Field erhielt sein Parteibuch zurück und starb als Kommunist.

Gossweiler schweigt sich nicht nur über das umfangreiche Material zu diesem schandbaren Vorgang aus,<sup>2</sup> sondern tötet die im Ergebnis dieser Prozesse Ermordeten noch einmal: In seinem »Brief an Robert Steigerwald« versteigt er sich zu der Ungeheuerlichkeit: »Vielleicht bist Du versucht, jetzt auf die Prozesse gegen Rajk, Kostoff und Slansky hinzuweisen. Aber diese Träger revisionistischer Zielsetzungen wurden durch diese Prozesse daran gehindert, bei späterer Gelegenheiten das zu tun, was nach dem XX. Parteitag ihre Brüder im Geiste Gomulka, Nagy und Kadar mit Erfolg taten: ihre Parteien im Geiste titoistischer Vorstellungen zu »demokratisieren« (in »offen-siv«, Heft 7/2006, S. 40). Robert Steigerwald ging in Veröffentlichungen auf die berüchtigten Prozesse ein, die Gossweiler rechtfertigt.

Den Historiker Gossweiler muss man fragen, weshalb er sich nicht anhand der umfangreichen zu den Prozessen vorliegenden Materialien ordentlich informierte. Dass die »revisionistischen« Zielsetzungen nur in den erfolgten »Geständnissen« der danach Hingemordeten existierten, spielt für ihn keine Rolle. Aber selbst wenn es solche Zielsetzungen gegeben hätte, so wäre festzuhalten, dass für Gossweiler die Auseinandersetzung mit Revisionismus mittels Todesurteilen zu erledigen sei.

Die erste Frage, die Field nach der Freilassung an seine ebenfalls befreite Frau richtete, war (und sie spricht Bände!): »Bist Du der Partei treu geblieben?«

2 Zur Field-Affäre siehe Stewart Steven, Operation Splinter Factor, Verlag Hoffer and Slaughter, 1974, auf Deutsch im DTV-Verlag, Stuttgart: »Operation Spalter-Faktor«, umfangreiche Rezension durch den damaligen, hessischen Generalstaatsanwalts Schmid in der »Frankfurter Rundschau« Ostern 1975. Zum »Fall« zahlreiche andere Forschungsarbeiten

Übrigens war auch ein solcher Prozess in der DDR geplant, standen die »Schuldigen« bereits fest: Paul Merker, Franz Dahlem, Fritz Sperling und andere. Stalins Tod machte ein solches teuflische Verfahren in der DDR unmöglich.

Eine weitere Quelle des Revisionismus – so die »Anti-Revisionisten« – sei Tito. Nun, bis zu den Kominform-Beschlüssen war für uns im Westen Tito, dessen erkennbare Eitelkeit uns zwar befremdete, nur als Führer der erfolgreichen jugoslawischen Partisanen bekannt, die ihr Land selbst vom Faschismus befreit hatten. Eine titoistische Ideologie gab es bis dahin nicht, die wurde durch Kardelj, Djilas und andere erst im Gefolge der Angriffe auf Jugoslawien »erzeugt« – da wäre eine Quelle des Revisionismus, aber wer hat sie verursacht? Und welche verheerenden Auswirkungen die Kampagne gegen Tito und die »Westemigranten« für die KPD hatte, darüber könnte man sich kundig machen.<sup>3</sup>

Bedeutet das alles, dass es keinen Revisionismus im europäischen Kommunismus gegeben hätte? Nein, es bedeutet nur, dass der ganz andere Quellen gab – beispielsweise fehlgeleitete Versuche, dem Dogmatismus in der kommunistischen Bewegung zu entkommen – und auf ganz andere Weise auftrat. Um das zu verstehen, muss man sich mit gewissen sozio-ökonomischen, sozialen Prozessen in Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg und mit dem theoretischen und praktischen Wirken des Kommunismus in Europa, insbesondere in Westeuropa befassen. Man muss schon prüfen, welche Auswirkungen die nach dem Krieg in Westeuropa erfolgende materielle Besserstellung der Massen der Werktätigen angesichts des – die Ursachen hierfür, etwa Faschismus, Krieg und Zerstörung sind bekannt – Zurückbleibens im Osten auf diesen Gebieten hatten. Gab es da nicht eine massenhafte ausgebildete soziale Basis für Opportunismus und Revisionismus? Und wenn es sie gab, reicht die Verrottung dieser oder jeder Persönlichkeit allein nicht aus, solche Prozesse zu verstehen. Ideologische Deformationen dieses Ausmaßes gelangen nur, weil es dafür einen sozialen Boden gab und gibt. Denn wenn wir diese objektiven und subjektiven Faktoren nicht beachten, stoßen wir in unserem Kampf ins Leere. Und mit Verschwörung und Agententheorien erreichen wir nicht die wirklichen Gründe.

Gossweiler geht hin und wieder auf solche Quellen ein, analysiert sie aber nicht. So macht er in dem erwähnten Interview in der »jungen Welt« durchaus richtig darauf aufmerksam, dass gegenüber dem Kapitalismus die Lebensbedingungen der Massen im Sozialismus zurück geblieben waren. Er kritisiert in diesem Zusammenhang Chruschtschows Orientierung auf die Förderung der Konsumgüterindustrie. Aber warum? Sollte denn der Rückstand beibehalten werden? Wenn der Sozialismus den Massen nichts bringt, wozu braucht man ihn dann? Nicht diese Orientierung war das Problem, sondern das Zurückbleiben in der Theorie und Praxis der sozialistischen politischen Ökonomie und die wachsenden Widersprüche zwischen den tatsächlichen, objektiven Erfordernissen und den politischen Verlautbarungen sowie ihrer theoretischen Rechtfertigung. In der Propaganda waren wir immer »größer« und »besser«. Und wenn Gossweiler wie auch andere in diesem Zusammenhang monieren, man habe nicht dem Sozialismus entsprechende Werte-Orientierungen geschaffen, so steckt in solcher Kritik ein gehöriges Maß an Voluntarismus! Werte kann man nicht primär durch ideologische und politische Arbeit entwickeln, sie müssen eine reale gesellschaftliche Basis haben. Den Massen zu sagen, sie sollten sich nicht an der »westlichen« Automobil-Kultur, den »Quelle«-Katalogen und den »westlichen« Unterhaltungssendungen orientieren, hat doch nur die Reaktion hervorgerufen: Ihr redet nur so, weil Ihr uns keine Autos geben könnt, keine Reisen in alle Regionen der Welt und gute Konsumgüter ohne langes Anstehen oder lange Wartezeiten. So lange die große Mehrheit der Produkte den Stempel »made im capitalism« trägt, ist das mit der massenhaften Vermittlung sozialistischer »Werte« ein bloßer Wunschtraum. Das heißt nicht, dass man auf

---

3 Robert Steigerwald, Streifzüge durch die Geschichte von KPD und DKP nach 1945 wie sie nicht im Geschichtsbuch steht, Neue Impulse-Verlag, Essen, 2007, S. 21 f



diesem Gebiet keine Anstrengungen hätte unternehmen sollen (und man hat sie unternommen, wenn wir nur an Bildung und Kultur oder die Gesundheitsvorsorge denken), sondern dass sie, auch bei besserer Qualität (denn darüber wäre ja dann auch noch zu diskutieren) angesichts realer Probleme nicht hinreichend sein konnten.

Eine Haupt-, wenn nicht gar die Hauptquelle lag (und liegt?) in der ideologisch-politischen Arbeit der Partei. Dem wird Kurt Gossweiler zwar zustimmen, aber unsere Einschätzung wird er nicht teilen.

Es waren alle grundlegenden Werke des Marxismus den breitesten Massen zugänglich, doch fand die ideologische Arbeit auf zwei unterschiedlichen Ebenen statt, wobei die eine dieser Ebenen trotz allem die bestimmende war.

Was war also das ideologische »Futter« für die Masse der Kommunisten über viele Jahre bis 1956? Es waren vor allem zwei Bücher: »Die Geschichte der KPdSU. Kurzer Lehrgang«, darin enthalten die Stalin zugeschriebene Arbeit »Über dialektischen und historischen Materialismus«, und Stalins »Fragen des Leninismus«.

Um einem »Argument« den Boden zu entziehen, das in der jüngsten Ausgabe der von Hans Heinz Holz herausgegebenen Vierteljahresschrift »T & P« benutzt wurde: Die SU hätte doch bedeutende fachwissenschaftliche und technische Werke vollbracht. Darum könne nicht von einem Zurückbleiben auf ideologischem Gebiete gesprochen werden. Nun, das gelang auch den Nazis. Beispiel V-Waffen, erster Computer in der Welt (Konrad Zuse), Düsenantrieb, Magnetophon usw. usf. Nach der Logik des »T & P«-Aufsatzes hätten die Nazis eine richtige ideologisch-politische Basis besessen. So ein Quatsch kommt heraus, wenn man Naturwissenschaft und Technik mit der weltanschaulich-ideologischen Position vermantscht!

Um nicht missverstanden zu werden: Sowohl aus dem »Kurzen Lehrgang« – trotz seiner nicht wenigen Geschichtsfälschungen – wie auch aus den »Fragen des Leninismus« war – aus Sicht der damaligen Generation – gar manches zu lernen. Worin aber bestand das Problem? Dass man mit Stalins Arbeit »Über dialektischen und historischen Materialismus« versuchte (und dabei erfolgreich war), breiten Massen von Völkern unterschiedlicher Nationalität, von denen die meisten ihrer Angehörigen gerade erst Lesen und Schreiben lernten, das dem Staat zugrunde liegende weltanschauliche Fundament zu vermitteln, war notwendig und eine didaktische Meisterleistung, um erstes Wissen, erste Anregungen zu vermitteln. Nur: Sobald es um ernsthafte wissenschaftlich betriebene marxistische Philosophie und weltanschauliches Arbeiten ging, war diese Basis unzureichend und wirkte sogar kontraproduktiv.

Zum Beleg ein paar Beispiele.

Wir erinnern an die Gossweiler-Worte aus seinem Interview mit der »jungen Welt«, die dem Beitrag vorausgeschickt wurden: Der sozialistische Staat sei stark, wenn das Volk alles weiß... Nun, was durften nicht einmal die Kader wissen?

Als Walter Hollitscher aus der englischen Emigration heimkehrte, brachte er mit sich die Kenntnis jener wissenschaftlichen Entwicklungen, von denen wir in Nazi-Deutschland abgeschnitten waren. Hollitschers Freunde waren John Bernal, Eric Hobsbawn, Norbert Wiener, Linus Pauling, John Needham, Maurice Cornforth u.a. Niemand unter den europäischen Kommunisten war so gut über den neuen Stand vor allem der Naturwissenschaften und Philosophie informiert, wie Prof. Dr. Walter Hollitscher. Er hielt über dieses Wissen an der Humboldt-Universität eine Vorlesungsreihe, doch als die Texte veröffentlicht werden sollten, ging eine regelrechte Hetzjagd gegen ihn los. Kurzfristig eingesperrt musste er

eine beschämende, bis auf den Auftritt von Georg Klaus mehr als niveaulose Diskussion durchstehen. Er verbreite westliche Konterbande, er solle sich an der sowjetischen Entwicklung orientieren. Man kann diese Diskussion nachlesen.<sup>4</sup>

Also: Kybernetik, Semantik, Semiotik, Genetik, moderne Logik usw. usf., das war westliche Konterbande, davon durften unsere Studenten nichts erfahren (hier sei erinnert an unsere Anmerkungen zu den Debatten in der Sowjetunion zur Relativitätstheorie und Quantenmechanik – es geht um dasselbe Problem).

Als 1951 auf der Parteihochschule der SED über US-amerikanische Philosophie eine Vorlesung stattfand, durfte man zwar indirekt über ihre Positionen informieren aber nichts zitieren, und das Vorlesungsprogramm sowie die Literaturangaben durften den Studenten nicht ausgehändigt werden. Das wäre Objektivismus gewesen. Die höheren zukünftigen Parteikader, denn das waren die Studenten, durften nicht wirklich über die grundlegenden ideologischen Positionen der imperialistischen Philosophie informiert werden!

Drittes Beispiel: Als im KPD-Verbotsprozess der Jesuitenpater Wetter, der ein mehrhundertseitiges Buch zur Kritik der marxistischen Philosophie geschrieben hatte (Grundlage die genannte Arbeit Stalins), in Sachen Theorie als Zeuge gegen die KPD auftreten sollte, fanden wir in Ost und West keinen Genossen, der Wetter hätte Paroli bieten können. Georg Klaus, der es hätte können, durfte ja sein Buch »Jesuiten, Gott, Materie« – das war ein regelrechter Befreiungsschlag – erst nach Stalins Tod veröffentlichen, so war es dann auch mit seinen und anderer Arbeiten zur Logik, Kybernetik usw.

Viertes Beispiel: Stalins Arbeit zum Marxismus und den Sprachwissenschaften löste u.a. eine Logik-Diskussion aus. Ihre Beiträge können nachgelesen werden.<sup>5</sup> Die Debatte war geprägt durch ein Hin- und Herwenden bekannter Zitate, trostlos scholastisch, und der einzige wirklich grundlegende Beitrag zum Thema »Logik und Dialektik«, jener Plechanows, durfte nicht einmal mit der Pinzette angepackt werden, auch da hat erst Georg Klaus den gordischen Knoten durchgehauen. Da man die moderne Logik nicht zur Kenntnis nahm, wurde auch nicht klar, dass ihr aussagenlogischer Bestandteil ein Ausgangspunkt für die Entwicklung von Kybernetik und Informationstechnologien wurde.

Übrigens war die DDR da noch eine »Oase« – alle eigenen Dummheiten eingestanden: Das hat wohl nie zu einem solchen theoretischen Niedergang geführt wie in der Sowjetunion, in der beispielsweise wissenschaftliche Forschungen zur Genetik nur in »Nischen« überlebten. Erst 1958 fand dort in einer Allunionskonferenz der Philosophen der SU erstmals wieder – trotz alt-dogmatischer Verrenkungen – eine Rückbesinnung auf die großen Traditionen der sowjetischen Debatten zu Philosophie und Naturwissenschaften statt, die es mindestens bis 1934/ 35 gab, die dann abbrachen oder abgebrochen wurden.<sup>6</sup>

Dem Idealismus-Vorwurf ausgesetzt waren zuvor die Kybernetik Norbert Wieners, die Resonanztheorie Paulings (zweimaliger Nobelpreisträger, Mitglied der Akademie der UdSSR), die mathematische Logik (deren aussagenlogischer Bestandteil mit seiner digitalen Verfasstheit eine der wesentlichen Grundlagen für die Entwicklung der Datenverarbeitung und modernen Computertechnologie wurde), die Relativitätstheorie Albert Einsteins usw. War im »Kurzen Lehrgang« noch Hegel unter den Quellen der marxistischen Philosophie genannt, so hieß es plötzlich, die klassische deutsche Philosophie sei eine feudal-aristokratische Reaktion auf die Französische Revolution gewesen. Mit diesem Abschneiden einer der Hauptquellen der marxistischen Philosophie bildete sich ein Materialismus-Verständnis heraus, das sich in der Lyssenko-Affäre verdeutlichte: Der Lyssenkoismus

---

4 Walter Hollitscher, Vorlesungen zur Dialektik der Natur, Verlag Arbeit & Gesellschaft GmbH, Marburg 1991, dort als Anhang abgedruckt S. 371 – 420

5 Über Formale Logik und Dialektik, Diskussionsbeiträge, Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1952

6 Zum Beispiel K. Ch. Delokarow, Relativitätstheorie und Materialismus. Akademie-Verlag, Berlin 1977

beruhte philosophisch auf dem materialistischen Niveau des Lamarckismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts. Naturwissenschaftlich erwiesen sich viele der Thesen Lyssenkos als falsch.

Diese Probleme ergeben sich, wenn man kein richtiges Verständnis des Verhältnisses von Philosophie und Naturwissenschaften hat. Dies deutet aber auch auf ein tieferes, umfassenderes Problem hin. Wenn Naturwissenschaftler die »Grenzen« ihrer Wissenschaft hin zur Philosophie überschreiten so ist, was philosophische herauskommt, nicht der Naturwissenschaft wegen so oder ihr gar anzulasten. Da philosophierende Naturwissenschaftler eben auch zu Idealistischen Konzeptionen kommen, meinen manche, diese folgten nicht aus dem Philosophieren, sondern seien »Ergebnisse« der Naturwissenschaft. Dieses falsche Verständnis, dass es bereits in den zugrunde liegenden naturwissenschaftlichen Konzepten den Idealismus gebe, bewirkte deren Ablehnung. Das aber war ein Ergebnis des Stalinschen Verständnisses von Materialismus und Dialektik. Dies trug nicht unwesentlich zum Zurückbleiben auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Revolution bei, es wurde erst nach Stalin allmählich, aber nicht ausreichend überwunden (was nicht besagt, dass es dabei nicht auch zu idealistischen Missdeutungen kam, das ist ein anderes Feld der Auseinandersetzung).

Es gab also theoretischen Rückstand auf weiten Bereichen der wissenschaftlich-technischen Revolution und politisch-ideologische Hemmnisse. Das war aber nur teilweise Folge der Missachtung wissenschaftlicher Theorien als »idealistisch«, es geschah auch, weil sich Wissenschaftler der »herrschenden« Meinung anpassten, »vorsichtig« wurden.

Es war aber wohl entscheidender, dass zugleich die unterentwickelte oder zurückbleibende ökonomische Basis verhinderte, dass wissenschaftliche Entdeckungen und Entwicklungen schnell genug in die Praxis umgesetzt wurden. Und die Fixierung der SU allein auf den Militär-Industrie-Komplex, die Konzentration der fortgeschrittensten Technologien allein auf diesen Bereich verhinderte auch, dass es notwendige Innovationen für den Bereich der zivilen Produktion gab.

Wird versucht, über die Geschichte der Stalin-Zeit aufzuklären, kommt es dabei nicht nur zu nötiger und berechtigter Würdigung ihrer großen, unbestrittenen Verdienste. Geht man dabei auch kritisch auf den unsäglichen Kult um Stalin ein und befasst sich sodann – damit das Volk eben alles wissen kann – mit den Untaten der Stalin-Zeit, so presst Gossweiler dies in ein bestimmtes Raster. Ihr macht aus Stalin einen Blutsäufer, behauptet er.

Das machen tatsächlich viele. Aber andere wenden sich diesem Problem zu, ohne Stalins Leistungen und Verdienste zu leugnen. Gossweilers Raster »erlaubt« es, jede solche Kritik über einen Kamm zu scheren und zu verleumden. Da sollen die Massen eben doch nicht alles wissen!

Ist es da verwunderlich, dass auf diesem ausgetrockneten Acker in der Vergangenheit schließlich eine solche revisionistische Distel wie die erbärmliche Vorlesung Havemanns »Dialektik ohne Dogma« den Zuspruch von Massen Studenten fand? Wenn Marxisten ihre Hausaufgaben nicht machen, macht sie der Revisionismus auf seine Art. Erinnerung sei an das Gemälde Goyas: »Wenn die Vernunft schläft erwachen die Gespenster«. Der in der Stalin-Zeit erreichte Schlaf unserer Vernunft erweckte revisionistische Gespenster. Das betraf den »offiziellen«, den parteioffiziellen Marxismus. An manchen wissenschaftlichen Einrichtungen arbeitete man besser (auch mit höchster Billigung), nur so ist es auch zu verstehen, dass dieser Schlaf doch dann beendet werden konnte. Allerdings hatte dies einen hohen Preis: Die Verwirklichung des Sozialismus erfordert kritische Achtung des Wissens und der wissenschaftlichen Erkenntnis, erfordert komplexes wissenschaftliches Denken, wissenschaftliche Auseinandersetzung, das Streiten um die besten Lösungen auf höchsten Niveau. Mit Dogmatismus, Einseitigkeit, Einschränkung dialektischen Denkens

wird sich die neue Welt nicht durchsetzen lassen. Deshalb gab es neben den schöpferischen Marxisten eben auch jene, die – spätestens 1989 – unter sich verändernden ökonomischen und politischen Verhältnissen andere Wege, auch dritte Irrwege gingen.

Was dies alles für die Gesamtentwicklung des Sozialismus und Marxismus bedeutete, wäre durchaus gründlicher zu erforschen

### **Einige Schlussbemerkungen**

Es wird nicht bestritten, dass es Revisionismus – aber auch seinen Zwillingsbruder, den Dogmatismus – gab (und gibt). Nur gab und gibt es dafür andere Quellen und trat und tritt er anders in Erscheinung als es Kurt Gossweiler beschreibt oder in »T & P« zu lesen ist. Chrustschow, Breshnew und andere mögen den erforderlichen Aufgaben nicht ausreichend gewappnet gewesen sein – das haben dann jene zu verantworten, in deren Hände solches Ausbilden lag – aber Revisionisten waren sie wahrlich nicht. Das verweist auf Gründe und Quellen, die dem XX. Parteitag, dem Wirken Chrustschows und anderer vorausgegangen waren – aber gerade davon soll die derzeitige Debatte über den XX. Parteitag und Chrustschow ablenken. Der Dogmatismus soll weiter wirken können. Dazu wird der Vorwurf des Revisionismus genutzt. Aber er ist in diesem Zusammenhang nicht haltbar, er ist erfunden.

Es wird durch uns nicht bestritten, dass für den Zusammenbruch des europäischen Sozialismus ideologischer und politischer Niedergang mindestens in gleichem Maße verantwortlich waren wie ökonomische und demokratische Defizite.

Es wird nicht bestritten, dass dieser Degenerationsprozess, in dem weit frühere Gründe und Quellen wirkten, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein galoppierendes Tempo annahm und zum offenen Verrat der Gorbatschow-Gruppe etwa an der DDR und zu der tatsächlichen Komplizenschaft mit dem Imperialismus geführt hat. Widerstand dagegen, gerade auch durch Politiker der DDR erwies sich angesichts der Stärke und Rolle der Sowjetunion und ihrer damaligen Führung als erfolglos.

Wir schätzen zudem Genossen Kurt Gossweilers Faschismus-Analysen sehr und seine Erforschung von Gründen der Niederlage von 1933 wird große Bedeutung behalten. Doch seinem Versuch, die Niederlage von 1989/90 aus dem XX. Parteitag und dem Wirken Chrustschows (der dazu, wenn auch negativ, zum Gegengenie Stalins aufgewertet wird) anzuleiten, die »Vorgeschichte« aber zu verdrängen, dem können wir nicht zustimmen.

Und noch eine Anmerkung: Nach 1989 wurde versucht, die DKP für verschiedene Ziele zu nutzen. Die Einen wollten, dass wir aufgehen in eine reformistische Linke, andere meinten, wir hätten keine kommunistischen Ziele, wären verrottet, wären reformistisch.

Den Ersteren wäre vielleicht zu sagen, ob man nicht – wie in vielen Orten und Bundesländern bereits der Fall – in den realen Kämpfen auch künftig solidarisch zusammenarbeiten sollte, auch wenn sich unsere gesellschaftlichen Zielstellungen unterscheiden. Anderes wird es nicht gehen, wenn man die Verhältnisse im Land und international verändern will. Den anderen muss man vielleicht einfach nur sagen, dass sie verantwortungslos und mit historischen Unwahrheiten handeln.